

NEWSLETTER JANUAR 2011

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

auch im Jahr 2011 sind die energie- und klimapolitischen Herausforderungen nicht weniger geworden. So steht in diesem Jahr neben vielen anderen Punkten z. B. die Überprüfung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes, die Novellierung des Erneuerbaren-Energien- und des Energiewirtschaftsgesetzes an.

Im Januar fand bereits die Anhörung im Wirtschaftsausschuss zu unserem Gesetzentwurf für mehr Rechtssicherheit bei der Übernahme oder Wahl eines neuen Betreibers von Strom- und Gasverteilnetzen statt. Auch das Thema Stromnetze hat die grüne Bundestagsfraktion gleich zu Beginn des Jahres auf ihrer Neujahrsklausur in Weimar aufgegriffen und konkrete Maßnahmen und Ziele für den Stromnetzausbau beschlossen. Die Chancen, vor allem aber auch die Risiken einer Förderung unkonventionellen Erdgases beschäftigen uns ebenfalls weiter.

Diese und weitere Themen finden sich im aktuellen Newsletter.

Ich wünsche Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen!



Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

- 1) **Anhörung im Bundestag: Experten begrüßen grünen Gesetzentwurf zur Rekommunalisierung von Strom- und Gasnetzen**
- 2) **Bundestags-Rede zur Braunkohlesanierung**
- 3) **Verabschiedung des CCS-Gesetzes weiterhin nicht in Sicht**
- 4) **Ausbau der Stromnetze vorantreiben**
- 5) **Einigung bei moderaten Absenkungen in der Solarbranche**
- 6) **Anhörung Europarechtsanpassungs-Gesetz**
- 7) **EU-Energiegipfel – Zeichen für Erneuerbare und Energieeffizienz setzen**
- 8) **Zwischenbericht Untersuchungsausschuss Gorleben**
- 9) **Studie: Förderung von unkonventionellem Erdgas birgt Umweltgefahren**
- 10) **Studie: Stromkonzerne geben Einsparungen an Verbraucher nicht weiter**
- 11) **Gründung Anti-AKW-Bündnis gegen Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus**
- 12) **Filmtipp „Restrisiko – Mit Sicherheit unsicher“**
- 13) **Aufruf zum Tag der Erneuerbaren Energien am 30.April**

- 1) **Anhörung im Bundestag: Experten begrüßen grünen Gesetzentwurf zur Rekommunalisierung von Strom- und Gasnetzen**

Auf grundsätzliche Zustimmung aller Sachverständigen in einer **Anhörung des Wirtschaftsausschusses** des Bundestags stieß der Gesetzentwurf der grünen Bundestagsfraktion zum Energiewirtschaftsgesetz, der den Betreiberwechsel oder die eigene Übernahme von Strom- und Gasnetzen durch die Kommunen erheblich erleichtern würde. Unser Gesetzentwurf schafft eine bisher nicht vorhandene Rechtssicherheit und verbessert ganz erheblich die Möglichkeiten der Rekommunalisierung der Energieversorgung für Kommunen. Das stärkt den Wettbewerb im Energiemarkt und bietet neue Chancen für den dezentralen Ausbau von Erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien wie der Kraft-Wärme-Kopplung. Ein Videostatement findet sich **HIER**.

- 2) **Bundestags-Rede zur Braunkohlesanierung**

Um die ökologischen Folgen des Braunkohleabbaus aus DDR-Zeiten und die Folgen des Förderrückgangs nach 1990 zu bewältigen haben Bund und Länder bis Ende 2008 rund 8,5 Milliarden Euro aufgebracht. Der im Bundestag zur Debatte stehende Antrag der Linken forderte eine weitere Finanzierung dieser Sanierungsarbeiten. Genauso wichtig ist es aber auch, bereits jetzt darauf zu achten, dass nicht in ein paar Jahren gleiche Kosten auf aktive Tagebaue zukommen. Dann nämlich, wenn aktuelle Braunkohleförderer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und neue Altlasten entstanden sind. Daraus sollten wir lernen und auf die Braunkohle in Zukunft insgesamt verzichten. Wir sollten den Betrieb dieser Tagebaue in einem geordneten Verfahren auslaufen lassen und die umweltverträgliche Alternative, die erneuerbaren Energien, nutzen. Meine Rede im Bundestag findet sich **HIER**.

3) Verabschiedung des CCS-Gesetzes weiterhin nicht in Sicht

Bereits im Jahr 2009 sollte das Gesetz zur Abscheidung, Transport und Verpressung von Kohlendioxid (CCS-Gesetz) durch den Bundestag verabschiedet werden. Doch auch Anfang 2011 ist noch immer nicht klar ob und wann ein solches Gesetz kommt. Alle weiteren Infos über den Stand der Gesetzgebung in Deutschland finden sich [HIER](#).

4) Ausbau der Stromnetze vorantreiben

Auf der Neujahrsklausur der grünen Bundestagsfraktion in Weimar Anfang Januar haben wir das Positionspapier „[Stromnetze 2020plus – jetzt in die Energiezukunft investieren](#)“ verabschiedet. Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich damit zum Ausbau und zur Modernisierung der Stromnetze. Mit dem Beschluss setzen wir Grüne auf eine Beschleunigung des Netzausbaus durch eine umfassende Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz und bessere technische Lösungen vor Ort. Wir wollen die Netzbetreiber stärker in die Pflicht nehmen und durch neue Akteure mehr Wettbewerb beim Netzausbau schaffen. Alle Maßnahmen und Ziele finden sich [HIER](#).

5) Einigung bei moderaten Absenkungen in der Solarbranche

Um hohen Strompreisen entgegenzuwirken haben der Bundesverband für Solarwirtschaft (BSW) und das Bundesumweltministerium (BMU) eine Kürzung der Förderung im Solarstrombereich vereinbart. Die Idee die Solartstromvergütung abzusenken ist bei Beibehaltung eines stabilen Marktes und ausbleibender Gefährdung der Investitionen richtig. Es ist wichtig, einen Ansatz zu unterstützen, der sich am Markt orientiert und damit den Ausbau von Solarenergie nicht gefährdet. Weitere Infos zu dem Thema finden sich [HIER](#).

6) Anhörung Europarechtsanpassungs-Gesetz

In diesem Monat fand auch die Anhörung von Sachverständigen zu dem von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf für das Europarechtsanpassungsgesetz Erneuerbare Energien (EAG EE) im Umweltausschuss statt. Dabei wurden vor allem die geplanten neuen Regelungen im Wärmegesetz kritisiert. Im Wärmebereich ist Deutschland nur europäisches Mittelmaß. Kommt es zur Verabschiedung des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfes ohne Änderungen, würde dies dazu führen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmebereich kaum vorankommen wird. Weitere Informationen zur Anhörung , Tagesordnung und Stellungnahmen der Experten finden sich [HIER](#).

7) EU-Energiegipfel – Zeichen für Erneuerbare und Energieeffizienz setzen

Am 4. Februar werden auf dem EU-Sondergipfel auch die künftigen Leitlinien der europäischen Energiepolitik mit der [Energiestrategie 2020](#) verhandelt. Die künftige europäische Energiepolitik ist von entscheidender Bedeutung für das Erreichen der Klimaschutzziele und für die Sicherheit der Energieversorgung. Dabei gilt es, konsequent und klar den Weg zu mehr Energieeffizienz und zur Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien vorzuzeichnen. Von dieser Weichenstellung ist die EU jedoch noch weit entfernt. So fehlt nach wie vor eine Festlegung auf ein CO₂-Minderungsziel von 30 Prozent bis 2020.

Im Hinblick auf den Netzausbau betont die Kommission in ihren vorab bekannt gewordenen Beschlussentwürfen lediglich die herausragende Rolle des Marktes, sprich der privaten Investoren. Die grüne Bundestagsfraktion hat ihre Forderungen im Antrag „Europas Energiezukunft erneuerbar und sicher gestalten“ formuliert.

8) Zwischenbericht Untersuchungsausschuss Gorleben

Der seit zehn Monaten tagende parlamentarische Untersuchungsausschuss hat umfangreiche Akten ausgewertet und zahlreiche Zeugen und Sachverständige angehört. Ziel des Ausschusses ist es, zu überprüfen auf welchen Grundlagen die Entscheidung zur alleinigen Erkundung des Salzstocks in Gorleben als Standort für ein künftiges Endlager für Atomabfälle erfolgte und wer auf diese Entscheidung in welcher Form Einfluss genommen hat. Ein erster Zwischenbericht ist seit kurzem **HIER** abrufbar. Darin wird deutlich, dass Vertreter der zuständigen Bundesministerien 1983 den Wissenschaftlern die Weisung erteilten – ihr Gutachten so zu verändern – dass es den politischen Vorgaben entsprach: Ihre Empfehlung, weitere Standorte zu untersuchen, musste gestrichen werden. Alle weiteren Infos finden sich **HIER**.

9) Studie: Förderung von unkonventionellem Erdgas birgt Umweltgefahren

Das Tyndall Centre for Climate Change Research der Universität Manchester hat die Studie "**Schiefergas: Eine vorläufige Einschätzung der Auswirkungen für Klimawandel und Umwelt**" veröffentlicht. In der Studie werden die in den USA beim Fracing verwendeten Chemikalien sehr genau aufgeführt und auf ihr Gefahrenpotential hin untersucht. Dabei stellt sich heraus, dass 58 von 260 beim Fracing verwendete Substanzen aus verschiedenen Gründen bedenklich, teilweise toxisch und krebserregend sind. Weiter wird darauf verwiesen, dass die Entsorgung des zurück an die Oberfläche strömenden Fracwassers ein großes Problem darstellt, da es neben den Chemikalien auch Schwermetalle und radioaktive Stoffe enthält, die in den Tiefengesteinen auf natürliche Weise vorkommen. Die Autoren der Studie empfehlen, in Europa bei der Erschließung von Shale-gas sehr vorsichtig und langsam vorzugehen, bis der Bericht der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA Ende 2012 vorliegt. Eine Übersetzung der Zusammenfassung in die deutsche Sprache durch unser Büro kann **HIER** heruntergeladen werden.

10) Studie: Stromkonzerne geben Einsparungen an Verbraucher nicht weiter

Eine von den Grünen in Auftrag gegebene Studie des Energiewirtschaftlers Gunnar Harms kommt zu dem Ergebnis, dass preissenkende Faktoren wie die gesunkene Umlage für die Kraft-Wärme-Kopplung und die um 30 bis 40 Prozent gesunkenen Beschaffungskosten seit 2008 von den Stromkonzernen nicht an die VerbraucherInnen weitergegeben werden. Somit werden die Kunden in diesem Jahr rund 2 Milliarden Euro zu viel zahlen. Grund für die Zahlungen sind die von 570 Versorgern angekündigten Preisanstiege. Die Zusammenfassung und die Studie selbst finden sich **HIER**.

11) Gründung Anti-AKW-Bündnis gegen Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus

152 Castoren mit radioaktiven Brennelementekugeln in Jülich bilden die größte Atomlast im Rheinland. Noch in diesem Jahr sollen die Castoren nach Ahaus transportiert werden. Doch dagegen regt sich Widerstand. Engagierte BürgerInnen haben das **Anti-AKW-Bündnis Westcastor** gegründet. Nicht nur gegen den unnötigen, teuren und gefährlichen Transport über die Straßen von NRW soll mit dem Aktionsbündnis ein Zeichen gesetzt werden, sondern auch gegen die Atompolitik der Bundesregierung. Alle weiteren Infos zu den geplanten Atomtransporten von Jülich nach Ahaus finden sich **HIER**.

12) Filmtipp „Restrisiko – Mit Sicherheit unsicher“

Die Geschichte ist bewegend und nicht realitätsfern. Ein Nuklearunfall im „Kernkraftwerk Oldenburg“ führt zur größten Katastrophe in der Geschichte der Bundesrepublik. Zwei Millionen Menschen müssen evakuiert werden. Nur die AKW-Sicherheitschefin kehrt in die kontaminierte Zone zurück, um Beweise für die Ursache des GAUs zu finden. Noch drei Monate zuvor war ihre größte Sorge, dass der Laufzeitverlängerung der AKWs nicht zugestimmt wird und damit ihr Arbeitsplatz gefährdet ist. Einen Brand im Kernkraftwerk will sie daher genauso wie ihr Vorgesetzter verschweigen. Nichts soll nach außen dringen und der Vorfall vertuscht werden. Trotzdem erfährt die Presse davon und berichtet umfassend.

In diesem Film wird in beeindruckender Weise auf die Gefahren von Atomkraftwerken in Deutschland und der Welt und die möglichen Strategien der Atomkonzerne aufmerksam gemacht. Sat1 hat diesen Film vor wenigen Tagen gesendet. Lohnenswert ist nicht nur der **Spielfilm** sondern auch die Reportage und Hintergrundinfos auf der **Sat1-Seite**.

13) Aufruf zum Tag der Erneuerbaren Energien am 30. April

Die Erneuerbaren Energien sind ein fester Bestandteil der deutschen Energieversorgung geworden. Von kleinen dezentralen Solaranlagen auf privaten Hausdächern bis zu riesigen Windanlagen vor der Küste sind sie innerhalb der Gesellschaft fest verankert. Am Tag der Erneuerbaren – dem 30. April – haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit sich die Anlagen der Erneuerbaren Energien anzuschauen. Betreiber öffnen ihre Anlagen, um die Nutzung der unerschöpflichen erneuerbaren Ressourcen zu verdeutlichen. Auch effiziente Anlagen wie Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen oder besonders energieeffiziente Häuser sind an diesem Umwelttag zu besichtigen. Anlagenbetreiber sind daher aufgerufen, sich unter diesem **LINK** anzumelden um ihr Projekt und Unternehmen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und so zur weiteren Akzeptanz der Erneuerbaren Energien beizutragen.